

Antrag
des
Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Lobner betreffend
Maßnahmen für Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1.) Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, rasch eine Ausweitung der runden Tische zum Thema häusliche Gewalt und Gewalt an Frauen in NÖ auch auf regionaler Ebene umzusetzen.

2.) Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass

a.) eine rasche Umsetzung des am 3. Mai 2021 angekündigten Maßnahmenpakets zum Schutz von Mädchen und Frauen vor Gewalt erfolgt und diese für Beratungsstellen und Gewaltschutzeinrichtungen, als niedrigschwellige Anlaufstelle für Opfer von Gewalt, zusätzlich Mittel zur Verfügung stellt;

b.) für den Ausbau der bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebote und für die Setzung der zusätzlich erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung auch über den derzeit bestehenden zeitlichen Rahmen hinaus längerfristig Mittel des Bundes zur Verfügung stehen und dass die Rahmenbedingungen zum Abholen der Fördermittel durch die Bundesländer eine möglichst hohe Flexibilität vorsehen;

c.) im Zuge der Ausbildungen im Bereich der Zukunftsberufe ein besonderer Fokus auf Mädchen und Frauen gelegt wird und die Arbeitsmarktprojekte „FiT-Programm: Frauen in Handwerk und Technik“, „Mädchen in nicht-traditionellen Lehrberufen“, „Förderungen und Beihilfen für Wiedereinsteigerinnen“, „Kompetenz mit System für Frauen“ verstärkt beworben und fortgeführt werden;

d.) die Pflegereform rasch und unter Einbindung der Länder umgesetzt und die Finanzierung sichergestellt wird und vor allem der Situation und den Bedürfnissen von Frauen Rechnung getragen wird;

e.) der Ausbau der Schulpsychologie, insbesondere für die Betreuung von Mädchen und jungen Frauen, forciert wird.

3.) Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 werden die Anträge Ltg-1528/A-2/50-2021 und Ltg-1530/A-2/52-2021 miterledigt.“

Mag. Suchan-Mayr
Berichterstatteerin

Schindele
Obfrau